

FLÜCHTLINGSRAT HAMBURG

Presseerklärung des Hamburger Flüchtlingsrat vom 10.02.2017

Der Hamburger Flüchtlingsrat fordert einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan und in alle Länder, in denen Menschen Krieg, Verfolgung und lebensbedrohlicher Not ausgesetzt sind.

Während in mehreren Bundesländern aktuell die Bedenken gegenüber Abschiebungen von Menschen nach Afghanistan wachsen, will Hamburg bei seinem bisherigen Kurs bleiben. Der Sprecher von Innensenator Andy Grote (SPD), Frank Reschreiter, bestätigte auf Anfrage von NDR 90,3., dass Straftäter und alleinreisende Männer weiterhin in das Land abgeschoben würden. Allerdings werde jeder einzelne Fall sorgfältig geprüft, so Frank Reschreiter.

Damit setzt der Hamburger Senat unter Beteiligung der SPD und der Grünen weiter auf eine unnachsichtige Abschiebepolitik, die rechtswidrig ist und gegen jegliche humanitäre Grundsätze verstößt. Laut letztem UNHCR-Bericht gibt es in Afghanistan keine sicheren Gebiete, d.h. die Abschiebungen dorthin gefährden das Leben und die Sicherheit der Betroffenen. Damit verstößt der Hamburger Senat wie die Regierung der Bundesrepublik eklatant gegen § 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrecht und gegen Artikel 2 des Deutschen Grundgesetzes, wo es heißt: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. ...“

Schleswig-Holstein und Berlin zweifeln laut Medienberichten jetzt auch Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an der Sicherheitslage in Afghanistan. So habe das Innenministerium in Hannover auf Anfrage mitgeteilt, dass derzeit aufgrund der "nicht hinreichend geklärten Sicherheitslage" Rückführungen nach Afghanistan "im Zweifel bis zur Klärung der Sicherheitslage zurückgestellt werden".

Die Feststellung „nicht hinreichend geklärte Sicherheitslage“ mutet dabei eher wie eine Verdrängung oder treffender Missachtung der wirklichen Situation in Afghanistan an. Menschenrechtsorganisationen warnen seit Monaten dringlich vor Rückschiebungen in das Bürgerkriegsland, ohne dass diese Warnungen von der Bundesregierung und fast allen Landesregierungen beachtet wurden.

Jetzt, nachdem sich laut Bericht der Vereinten Nationen die Sicherheitslage in Afghanistan anstatt verbessert weiter verschlechtert hat, wachsen zumindest bei einigen Landesregierungen die Zweifel. Die Zahl der zivilen Opfer erreicht laut UN-Bericht mit 3.500 Toten und 7.900 Verletzten im vergangenen Jahr einen Höchststand. Dabei ist eher davon auszugehen, dass die Zahl der Opfer aufgrund der völlig unübersichtlichen Lage in dem Bürgerkriegsland noch deutlich höher liegt und weiter anwachsen wird.

Das alles interessiert den Hamburger Senat wenig. Dieser setzt seit Übernahme der Regierungsverantwortung kompromisslos auf Abschiebungen und schreckt dabei auch nicht vor nächtlichen Aktionen, der Abschiebung von kranken Menschen und vor Familientrennung oftmals unter massivem Einsatz von Polizeikräften zurück. So werden seit Jahren u.a. Roma ohne jede Rücksichtnahme nach Serbien, Mazedonien und in den Kosovo abgeschoben.

Dabei waren auch Menschen betroffen, die z.T. schon lange hier gelebt haben und gut

integriert waren. Seit Jahren widersetzt sich Hamburger Senat ohne jede Gnade sogar einem Abschiebestopp über die Wintermonate für diese Menschen.

Das alles macht deutlich, dass die SPD und die Grünen in Hamburg eine gegen Flüchtlinge und Migrant*innen gerichtete Politik zur Prämisse erklärt haben. Die Politik nimmt verfolgte, diskriminierte und schwer notleidende Menschen, ja sogar Tote, billigend in Kauf. Wenn die Grünen in Hamburg und anderen Bundesländern jetzt im Zusammenhang mit der von ihnen mitgetragenen Verweigerung eines Abschiebestopps behaupten, es gehe Ihnen maßgeblich um die freiwillige Ausreise von Menschen aus Afghanistan, muss das als Zynismus bezeichnet werden. Dahinter kann nur das Kalkül stecken, die „freiwilligen Ausreise“ durch das Schüren von Ängsten quasi zu erzwingen und die Menschen, die zu uns flüchten wollen, abzuschrecken.

Angesichts dessen wirkt die Beteiligung der SPD und der Grünen an dem offenen Brief gegen den amerikanischen Präsidenten Donald Trump sowie der von der Grünen Politikerin Anna Gallina angeregte Marsch der Frauen gegen dessen Politik anlässlich des G20 wie Häme.

Dagegen setzen wir die Solidarität mit den Menschen, die zu uns vor Krieg, Verfolgung und lebensbedrohlicher Not geflohen sind.

Wir fordern die Aufnahme dieser Menschen in Ländern der europäischen Union und verurteilen die erneut diskutierte Einrichtung von Aufnahmelagern außerhalb Europas auf das Schärfste.

Wir rufen dazu auf, sich zahlreich an der Demonstration gegen die Abschiebungen nach Afghanistan am Samstag, den 11. Februar, ab 14:00 Uhr bei der Elbphilharmonie, zu beteiligen und ein massives Zeichen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und Freien und Hansestadt Hamburg zu setzen. Zusammen mit den Betroffenen und anderen Unterstützer*innen werden wir den Abschiebungen nach Afghanistan entschieden entgegentreten und alles daran setzen, gemeinsam, wie in den Jahren 2006-2009, einen Abschiebestopp durchzusetzen.